

# Was für eine Bildung braucht die Demokratie?

Fitzgerald Crain, Ruth Daellenbach

Es ist ein Gemeinplatz zu sagen, dass Bildung eine Grundvoraussetzung der Demokratie sei. Doch welche Art von Bildung kann diesen Anspruch einlösen? Aus einer linken Perspektive verstehen wir Bildung als sowohl emanzipatorische als auch solidarische Bildung, die mit dem Anspruch einer demokratischen Transformation antritt. Wir gehen weiter davon aus, dass man aus einer linken Sicht Bildung nicht diskutieren kann, ohne dass die gesamtgesellschaftliche, die politische Frage ins Auge gefasst wird.

Wenn Demokratie gelingen soll, braucht es mündige Bürgerinnen und Bürger, die das politische, soziale, kulturelle und das wirtschaftliche Leben aktiv mitgestalten. Mündige Bürgerinnen und Bürger informieren sich. Sie setzen sich für gemeinsame Grundwerte ein und wehren sich gegen politische Bevormundung. Freiheit ist für sie ein zentraler Wert, wobei sie die individuelle Freiheit in Bezug zur Freiheit der anderen setzen, die sie fördern und respektieren. Mit der Globalisierung beeinflussen Bürgerinnen und Bürger auch die Lebenswirklichkeiten anderer Gesellschaften und weit entfernt lebender Völker. Demokratie und darum auch demokratische Bildung müssen global gedacht werden.

Bildung im Kinder- und Jugendalter leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass junge Menschen zu mündigen Erwachsenen werden. Im Erwachsenenalter ermöglicht Bildung den Menschen, Zusammenhänge in einer sich rasch wandelnden Welt besser zu verstehen, sich persönlich weiterzuentwickeln und so zu einer lebendigen Demokratie beizutragen. Die klassischen Lernorte sind Schule, Berufslehre, weiterführende Schulen, Fachhochschulen und Universitäten. Neben dieser formalen Bildung findet Lernen auch in unterschiedlichsten Kursen und Weiterbildungsangeboten im nonformalen Bereich statt. Nicht zuletzt gibt es die informelle Bildung, wo Menschen im Alltag, in Freizeitgruppen und Vereinen auch implizit lernen. Bildungsleistungen aus dem nonformalen und informellen Bereich werden bis heute kaum anerkannt und angerechnet – dies zum Nachteil jener Menschen, die nicht das Privileg hatten, eine bruchlose Entwicklung von der Grund- über die Berufsbildung bis zum Eintritt in die Arbeitswelt machen zu können.

## **Bildung: ein Menschenrecht?**

»Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung« lautet Artikel 26 der allgemei-

nen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Seither hat die UNO diesen Rechtsanspruch in mehreren Deklarationen und Konventionen bestätigt. Leider wird das Recht auf Bildung bisher jedoch nur unzureichend umgesetzt. Es gibt weltweit zu viele Menschen, denen der Zugang zu Bildung verwehrt ist. Während in den 2000er Jahren die Bildungsmöglichkeiten auf globaler Ebene – auch in den armen Ländern Afrikas mit vormals hohen Analphabetismus-Raten – verbessert wurden, hat sich in den letzten Jahren der Zugang zu Bildung in Krisenregionen und fragilen Ländern wieder verschlechtert. Rund 75 Millionen Kinder und Jugendliche in den wichtigsten Krisengebieten der Welt haben heute keinen Zugang zu Bildung.<sup>1</sup> Es sind verlorene Generationen, die hier heranwachsen.

Der fehlende Zugang zu Bildung ist aber nur eine Seite des Problems. Auch dort, wo reguläre Einschulung stattfindet, ist der ›Erfolg‹ nicht gegeben: Viele Kinder und Jugendliche verlassen die Schule frühzeitig oder sie schliessen ihre Grundbildung ab und verfügen dennoch nicht über die Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichen, einen Beruf auszuüben oder eine weiterführende Ausbildung zu machen und so Voraussetzungen für eine aktive Teilhabe an ihrer Gesellschaft zu schaffen.

Dies betrifft vor allem arme Länder des globalen Südens. Es betrifft aber auch die Schweiz. In unserem Schulsystem sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund strukturell benachteiligt und in höheren Bildungsgängen nur wenig vertreten. Der Schweizer Bildungsbericht 2018 stellt fest, dass die Ausbildung von Eingewanderten weiterhin zu den grössten Herausforderungen für das Schweizer Bildungssystem gehört.<sup>2</sup> Es geht also nicht nur um den Zugang zu Bildung. Gefragt ist vielmehr eine in einem demokratischen und emanzipatorischen Sinn *gute* Bildung.

### **Was ist gute demokratische Bildung?**

Demokratische Bildung hat erstens eine *politische* Dimension. Wenn Lehren und Lernen in einem emanzipatorischen Sinn zu verstehen sind, dann muss über den politischen Kontext von Bildung und Erziehung nachgedacht werden. Der ›neoliberalen Schule‹<sup>3</sup> muss nicht nur ein anderes Konzept von Unterricht entgegengesetzt werden. Es braucht eine ganz andere Idee von menschlicher Freiheit, von menschlichen Verhältnissen, von Demokratie. Demokratischer Unterricht vermittelt einen ganz anderen Weltbezug.

Demokratische Bildung hat zweitens eine *inhaltliche Dimension*. Themen rund um Geschichte, Politik, Gesellschaft und Umwelt haben in den Lehrplänen einen hohen Stellenwert. Dabei werden theoretische Grundlagen vermittelt, aber insbesondere sollen die Lernenden darin unterstützt werden, Zusammenhänge zu erkennen, sich eigene Meinungen zu bilden und sich mit den Ansichten anderer auseinanderzusetzen.

Gute Bildung hat drittens eine *emotionale* Dimension. Wenn Demokratie gelingen soll, müssen gesellschaftliche Fragen für die Menschen persönlich wichtig und emotional bedeutsam sein. Wenn Schule als demokratische Bildungsinstitution gelingen soll, muss sie in ihrem alltäglichen Unterricht sowohl für die Lernenden als auch für die Lehrpersonen persönliche Bedeutung bekommen.

Bildung hat viertens eine *soziale* Dimension. Demokratische Bildungspolitik muss Chancengleichheit zum Ziel haben. Chancengleichheit bedeutet einerseits, dass die Bildungschancen nicht durch die soziale Herkunft bestimmt sind. Grundlegender noch heisst Chancengleichheit, dass alle durch die Bildung die Chance erhalten, sich für ein selbstverantwortetes Leben in Würde und Sicherheit entscheiden zu können.

Demokratische Bildung hat fünftens einen *dialogischen* und *partizipativen* Aspekt. ›Demokratiekunde‹ ist nicht blosses Unterrichtsfach. Die Demokratie als Form gelebten gesellschaftlichen Miteinanders wird vielmehr in den Institutionen der Bildung selber erfahrbar gemacht. Im Falle der Schule sind es zuerst die Lernenden sowie die Lehrerinnen und Lehrer, weiter auch die Fachpersonen, die Schulleitungen und das übrige Schulpersonal, die den Bildungsprozess verantworten. Es sind aber auch die Eltern, die Gemeinden, in denen die Schule beheimatet ist, die Schulpflegerinnen, Schulpfleger und die Behörden. Sie alle gehören im engeren oder weiteren Sinn zum System ›Schule‹. In einer demokratiepolitischen Perspektive sollen sie, gemäss ihren Zuständigkeiten, Beteiligte sein und über die demokratische Schule mitbestimmen.

Demokratische Bildung hat schliesslich eine *strukturelle* Dimension. Die Schule muss sich über die Frage der Selektion, der Aufteilung in Leistungszüge, der Notengebung, der Leistungsbewertung ganz allgemein Gedanken machen. Diese Mechanismen sollen so angelegt sein, dass sie die Lernenden fördern und unterstützen, nicht aber schädlichen Wettbewerb und Konkurrenz unter Schülerinnen und Schülern, unter Studierenden anheizen.

### **Was fördert, was verhindert demokratische Bildung?**

Gute Bildung braucht *finanzielle Ressourcen*. In der Schweiz gehören Steueroptimierungen zu den Eckpfeilern neoliberaler Politik, weshalb in vielen Kantonen Druck auf die öffentlichen Finanzen ausgeübt und nicht zuletzt die Bildungsbudgets gekürzt werden. Das Recht auf kostenlose Bildung für die obligatorische Schulzeit wird tendenziell abgebaut. Es brauchte ein Urteil des Bundesgerichtes im Dezember 2017, um die in der Verfassung verankerte Grundbildung umzusetzen und die Praxis zu unterbinden, Eltern für ausserschulische Lernangebote wie Klassenlager oder ›Deutsch als Fremdsprache‹ zur Kasse zu bitten. Das Gebot der Chancengleichheit wird

ausgehöhlt, wenn Eltern für Nachhilfeunterricht bezahlen müssen, damit ihre Kinder bessere Chancen auf schulisches Weiterkommen haben. In den Jahren 2011/2012 besuchten über 34% der Schweizer Jugendlichen in der 8./9. Klasse bezahlten Nachhilfeunterricht und der Trend hält unvermindert an.<sup>4</sup> So wird die Ungleichheit der Bildungschancen verschärft: Kinder aus wirtschaftlich gut situierten Familien haben sehr viel bessere Chancen auf eine höhere Schullaufbahn und somit auf aussichtsreichere Berufskarrieren. Kinder aus sozial-ökonomisch schwachen und sogenannten bildungsfernen Familien sind in unserem Bildungssystem benachteiligt, und der Graben zwischen ihnen und den privilegierten Kindern vergrössert sich über die Schullaufbahn hinweg.

Schädliche Steuerpraktiken beeinträchtigen auch Bildungschancen in den Ländern des globalen Südens: Während die Schweiz einerseits Mittel dafür einsetzt, um Bildung in Entwicklungsländern zu fördern, hilft sie auf der anderen Seite mit, dass dort tätige multinationale Konzerne ihre Gewinne in Tiefsteuergelände wie die Schweiz verlagern können. Gemäss Schätzungen des IWF entgehen dadurch den armen Ländern jährlich ungefähr 200 Milliarden Dollar an potenziellen Steuereinnahmen. Diese Verluste infolge der Steuerflucht können in einzelnen Ländern wesentlich höher sein als das Budget, das für Bildung zur Verfügung steht.<sup>5</sup>

Emanzipatorische Bildung setzt, zweitens, ein gutes *öffentliches* Bildungssystem voraus. Die öffentliche Bildung ist heute durch die auch im Bildungswesen zu beobachtende neoliberale Privatisierungstendenz bedroht. Der Trend zur Privatisierung hat sich in den letzten 20 Jahren weltweit verstärkt. Ein Faktor, der diese Entwicklung fördert, ist die Überzeugung, dass Bildung eine Ware wie jede andere ist oder dass Ausbildungsstätten keine andere Funktion haben, als im Hinblick auf die Eingliederung in den Arbeitsprozess nützliche ›Kompetenzen‹<sup>6</sup> zu vermitteln. Der wachsende Bildungsmarkt verspricht zudem enorme Profite. Grosse Technologiefirmen wie Google oder Apple dringen im Prozess der Digitalisierung in den Bildungsmarkt ein, indem sie zum Beispiel den Schulen Software zur Verfügung stellen, die sich die öffentliche Bildung nicht leisten kann beziehungsweise nicht leisten will.

In Ländern des globalen Südens wird die Privatisierung mit der Krise des öffentlichen Bildungssystems begründet. Anstatt alle Mittel dafür einzusetzen, um die öffentlichen Systeme zu unterstützen und zu stärken, wird die Lösung oft in privaten Investitionen und Engagements gesucht. Entwicklungsbanken und nationale Entwicklungsagenturen gehören in der Logik von neoliberalen Strategien zu den Treibern dieser Privatisierung. Im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften werden Mittel für private Schulen eingesetzt. Entgegen allen Versprechungen werden aber die Erwartungen nach besserer Bildungsqualität oft nicht eingelöst.<sup>7</sup> Hingegen

wird Bildung als öffentliche Aufgabe untergraben und der demokratischen Bestimmung entzogen.

Die auch in der Schweiz fortschreitende Privatisierung im Bildungsbe-  
reich soll mit dem Versprechen von Selbstbestimmtheit, freier Wahl der  
Schule und Chancengerechtigkeit vorangetrieben werden. Im Kern aber  
handelt es sich um einen Paradigmenwechsel: Aus Schülerinnen und Schü-  
lern und ihren Angehörigen werden Kundinnen und Kunden. Die Schule  
wird zu einem Dienstleistungsunternehmen, das eine Ware verkauft. Wenn  
Bildung zur Ware wird, wird sie verdinglicht und verliert damit ihren  
emanzipatorischen Gehalt. Vor allem aber wird das Recht auf einen gleich-  
berechtigten Zugang zu Bildung untergraben. Die öffentliche Schule, in der  
Kinder aus allen sozialen Schichten und mit unterschiedlichen sozialen  
und kognitiven Voraussetzungen gemeinsam unterrichtet werden, wird ge-  
schwächt. Sie wird, wie sich am Beispiel der US-amerikanischen Entwick-  
lung zeigen lässt, tendenziell zur Restschule, in der leistungsschwache, von  
ihrer sozialen Herkunft benachteiligte Kinder und Kinder mit einer Behin-  
derung konzentriert sind.<sup>8</sup> Mit der Privatisierung wird das Bildungswesen  
von der gesellschaftlichen Verantwortung befreit. Damit ist unweigerlich  
ein Demokratieverlust verbunden.

Bildung ist, drittens, im idealen Fall eine *dialogische Beziehung* zwischen  
den Lernenden, dem Gegenstand des Lernens, der Lehrperson, den an-  
deren Lernenden. Bildung basiert auf Neugierde, auf Interesse an der Sa-  
che, auf dem Bedürfnis, produktiv zu sein und eine persönlich relevante  
Leistung zu erbringen. Wenn Bildung gelingt, resultiert daraus bei den  
Lernenden ein Gefühl der Selbstwirksamkeit, denn ohne Eigenaktivität  
gibt es keine Bildung. Wenn Schülerinnen und Schüler mit anderen ge-  
meinsam ein Ziel verfolgen, entsteht ein Gefühl der Solidarität. Das ist der  
ideale Fall einer gelingenden Bildung, wie er auch in den überfachlichen  
Kompetenzen des Lehrplans 21 abgebildet wird. Soziale Kompetenzen wie  
Teamfähigkeit und Empathie werden als Ziele des Unterrichts definiert.  
Ein zentrales Merkmal der modernen kapitalistischen Gesellschaft aber  
ist die Konkurrenz. Die Schule als Agentur der Gesellschaft bildet diese  
Konkurrenz ab. Das für den Grossteil des heutigen Unterrichts charak-  
teristische vergleichende Beurteilen, Bewerten und nur scheinbar objektive  
Testen mit standardisierten Messmethoden fördert die Konkurrenz unter  
den Schülerinnen und Schülern und unterminiert sowohl die Kooperati-  
onsfähigkeit als auch die Kooperationsbereitschaft. Auf flächendeckende  
Leistungsvergleiche muss folglich verzichtet werden.

Kontrolle und Anpassung sowie u. U. Angst und Stress sind die Folge  
der neoliberalen Idee, dass Schülerinnen und Schüler sich fortwährend den  
Regeln des Wettbewerbs zu unterwerfen haben. Angst und Stress zerstören  
die Neugierde und das Interesse an der Sache. Depression und Burnout tre-

ten bereits bei Kindern auf, häufig sind Schlafstörungen, Überanpassung und Vereinsamung. Im negativen Fall wird die Schule zu einer Institution, die bei den Lernenden und den Lehrpersonen zum Gefühl der Entfremdung führt.<sup>9</sup> Das ist bei Kindern und Jugendlichen besonders zerstörerisch, die aus familiären, sozialen oder kulturellen Gründen benachteiligt sind. Die Schule vermittelt ihnen kein Gefühl, eine sinnvolle Lebensperspektive zu haben.

### **Fazit**

Die modernen Gesellschaften drohen zwischen Marktradikalismus und einem fremdenfeindlichen Nationalismus zerrieben zu werden. Idee und Praxis der Demokratie stehen unter immensem Druck. Die Gesellschaften driften innerlich auseinander, der gesellschaftliche Grundkonsens droht verloren zu gehen. Viele Menschen sind enttäuscht, isoliert und gefangen in Existenzängsten. Viele leiden darunter, dass ihre Bindungen brüchig geworden sind und dass ihnen Anerkennung vorenthalten wird. Zu viele glauben in der Folge den Heilsversprechen populistischer Rattenfänger. Eine linke Perspektive muss dieser Entwicklung ein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles Konzept von demokratischer Gesellschaft entgegensetzen, das auf individueller Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit und Fürsorglichkeit basiert. Eine linke Bildungsperspektive muss ein Konzept von Bildung entwickeln, das sich an diesen Perspektiven orientiert.

Auch wenn die Schule das Konkurrenzsystem der kapitalistischen Gesellschaft abbildet, so sind die Institutionen der Bildung von der Konkurrenz- und Profitlogik, vom Warencharakter oder vom individualistischen Leistungsgedanken in der Regel nicht vollständig durchdrungen. Es gibt fast immer einen Raum, in dem Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Stärken entwickeln und mit anderen kooperativ und solidarisch zusammenarbeiten können; einen Raum, in dem ein Stück weit Unterricht im hier skizzierten emanzipatorischen Sinn praktiziert werden kann. Lehrpersonen müssen den Mut haben, diese Räume zu nutzen und sie nach Möglichkeit zu erweitern. Sie müssen sich dazu der *politischen* Rahmenbedingungen der Bildung jedoch bewusst sein.

Die Forderung, mögliche Spielräume zu nutzen, ersetzt natürlich keine emanzipatorische Bildungspolitik. Welches sind, hier nochmals kurz zusammengefasst, die Eckpfeiler einer demokratischen und emanzipatorischen Bildungsperspektive? Linke Bildungspolitik muss grundsätzlich eine strukturelle und inhaltliche Alternative zu einem Konzept von Ausbildung vermitteln, das vom Gedanken der Konkurrenz, der Profitlogik, der Vereinzelung und der Angst vor Exklusion bestimmt ist. In einer demokratischen Bildung muss – im Kontext der integrativen Schule z. B. –

deshalb der Gedanke der Solidarität und Kooperation im Zentrum stehen. Individuelle Leistungen müssen sich an den individuellen Möglichkeiten der Beteiligten orientieren. Die Bildungsverantwortlichen müssten sich bewusst sein, dass Neugierde, Interesse an der Sache oder dass die für den Lernprozess so wesentlichen Beziehungsaspekte nicht mit objektiv scheinenden Beurteilungsinstrumenten gemessen werden können. Kreativität z. B. wird durch den Vorgang des Messens zerstört. Eine linke Bildungsperspektive muss die Bildung als öffentliche Aufgabe verteidigen und sie muss dem Trend zur Privatisierung entgegentreten. Sie muss sich im Weiteren für das Ziel der Chancengleichheit einsetzen, indem sie beispielsweise für die Ganztageschule eintritt. Eine linke demokratische Bildungsperspektive muss mit dem Anspruch einer demokratischen Transformation auftreten, sie muss die Betroffenen zu partizipativ Beteiligten machen wollen. Und nicht zuletzt muss sie darauf hinarbeiten, dass das Lernen im non-formalen und informellen Bereich anerkannt wird, um auch jenen Menschen gerecht zu werden, die keine klassische Lernkarriere durchlaufen konnten. Zu fordern ist hier ein Paradigmenwechsel, indem das Bildungsverständnis die unterschiedlichen Lernbereiche mit berücksichtigt.

#### **Fussnoten**

- 1 Siehe ›Education can not wait‹ <http://www.educationcannotwait.org/>
- 2 Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF: Bildungsbericht Schweiz 2018. Aarau
- 3 Hellgermann, 2018
- 4 Schmassmann, Daellenbach. 2017, S. 34ff.
- 5 ebda
- 6 Kritisch zum Kompetenzbegriff siehe z.B. Hellgermann, 2018
- 7 [www.campaignforeducation.org/en/what-we-do/campaigns/education-financing/privatization](http://www.campaignforeducation.org/en/what-we-do/campaigns/education-financing/privatization)
- 8 Siehe dazu Crain, 2016
- 9 Siehe dazu Rosa, 2018

#### **Literatur**

- Crain, F. (2016): Wie sich der Ökonomismus auf die Bildung auswirkt: Das Beispiel USA. Denknetz Jahrbuch ›Migration ohne Grenzen‹ S. 195–207
- Global Campaign for Education GCE (2016): Private Profit – Public loss. Why the push for low-fee private schools is throwing quality education off track.
- Hellgermann, A. (2018): kompetent. flexibel. angepasst: Zur Kritik neoliberaler Bildung. Münster: Edition ITP-Kompass
- Rosa, H. (2018): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin. Suhrkamp
- Schmassmann, E., Daellenbach, R. (2017): Bildungspolitische Herausforderungen Schweiz. In ›Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft‹. S. 34ff. [https://plattformagenda2030.ch/wp-content/uploads/2018/06/Plattform-Agenda-2030-Bericht\\_D-web.pdf](https://plattformagenda2030.ch/wp-content/uploads/2018/06/Plattform-Agenda-2030-Bericht_D-web.pdf)
- Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF (2018): Bildungsbericht Schweiz 2018. Aarau